

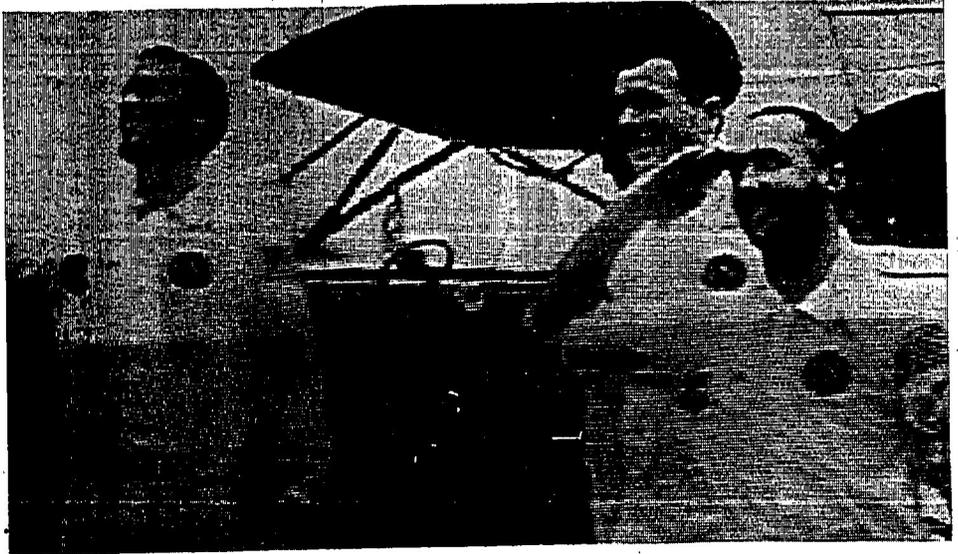
Luzerner Tagblatt

Ueble Kettenbriefschreiber in Hergiswil

Genfer Autosalon: Außergewöhnliche Attraktionen

«Apollo 9»: «Wir haben eine Menge erreicht»

LM



Erfolgreicher Abschluß des «Apollo 9»-Experimentes

2 Gestern kurz nach 18 Uhr ist die Kapsel von «Apollo 9» nach zehntägigem Flug um die Erde in der Nähe der Bahamas im Atlantik gelandet. Das Experiment mit der Mondfähre endete damit erfolgreich. Dramatisch verlief nur die Bergung der drei Astronauten McDivitt (rechts), Scott (Mitte) und Schweickart, die wir hier auf dem Bergungsschiff «Guadalcanal» sehen. (Ausführlicher Bericht auf der letzten Seite.) Foto Hans Blättler

Italiens Regierung will Ordnung schaffen

Von unserm Römer Korrespondenten

Die bei Anlaß des Nixon-Besuches von den Kommunisten in Rom veranstalteten Krawalle erwiesen sich als der berühmte Tropfen, der den Geduldskocher der von Rumor präsierten Regierung zum Überfließen brachte. Die Regierung rief ihr sogenanntes «inneres Kabinett» (bestehend aus sechs Ministern) zusammen. Die Sitzung fand in der auf dem Monte Mario gelegenen (im Jahre 1516 nach Entwürfen Raffaels von Giulio Romano für Margaretha von Parma erbauten) Renaissance-Villa Madama statt. In diesem graziösen Ambiente wurden schwerwiegende Beschlüsse gefaßt. Erstens — sofortige Räumung der von den linksextremen Studenten seit Wochen besetzten Römer Universität. Und zweitens — künftig ein hartes Vorgehen überhaupt gegen alle von Studenten und anderen links- und rechtsradikalen Elementen verursachten Gewalttaten. Mit der bisherigen «weichen Linie» — hieß es — soll nun Schluß gemacht und die öffentliche Ordnung unter allen Umständen geschützt werden.

Der erstgenannte Beschluß — die Räumung der Universität — wurde sofort, noch am gleichen Tag, in die Tat umgesetzt und erwies sich leichter, als man es gedacht hatte, da die etwa tausend linksextremen Studenten, welche die Universität besetzt hielten, sich auf die bloße Nachricht vom Anrücken der Polizei, aus dem Staube machten. Doch wie steht es mit dem zweiten Beschluß?

Bevor hiervon die Rede ist, seien einige Worte über die Räumung der Universität gesagt. Die etwa tausend Angehörigen des «Movimento Studentesco», welche die Räume der Universität während Wochen besetzt hielten, haben diese in einen — mit Verlaub zu sagen — Schweinestall verwandelt. Als der Rektor der Universität, Professor D'Avack, es sah, traute er seinen Augen kaum. Er sagte, er wüßte, daß die Bevölkerung Roms herkommen möge, um sich von diesem abscheulichen Zustand durch eigenes Augensehen zu überzeugen. Den Pressevertretern, die dieser Aufforderung folgten, fiel — nächst den in vandalischer Weise zerstörten Tischen, Stühlen, Schränken usw. und den «revolutionären» und obszönen Aufschriften an den Wänden — vor allem die hygienische Beschmutzung und die Tatsache auf, daß die Okkupanten die Universitätsräume selbst zur Befriedigung ihrer körperlichen Bedürfnisse benutzt hatten! Das ist — wie wir selber als Zeugen der russischen Revolution wissen — eine alte Sitte der Bolschewiken, die in allen von ihnen besetzten Häusern der «Bourgeois» immer solche Andenken hinterließen. Und es ist gewiß symptomatisch, daß die Angehörigen des «Movimento Studentesco» sich nicht nur geistig (durch die an die Wände geschmierten sowjetischen Losungen), sondern auch körperlich als wahre Jünger Moskaus betrachten.

Das von der Regierung Rumor beschlossene künftig harte Vorgehen gegen alle Ruhestörungen und Gewalttaten wird von der Mehrzahl der Italiener, welche die ewigen Krawalle satt haben, entschieden begrüßt. Doch kann es — fragt man sich — tatsächlich durchgeführt werden? Die ersten Reaktionen sind in dieser Hinsicht wenig ermunternd. Bedenklich ist zunächst, daß selbst verschiedene Vertreter der Regie-

partei, die linken Sozialisten und linken Democristiani, den Beschluß der Regierung in seiner Bedeutung herabzumindern suchen. Und der sozialistische Vizepräsident De Martino behauptete sogar, daß vom «inneren Kabinett» nur die Räumung der Universität und «kein allgemein hartes Vorgehen» beschlossen worden sei... Die Kommunisten freilich sind anderer Ansicht. Ihre Reaktion ist äußerst heftig. Ihr Parteiblatt «Unità» protestiert gegen die «Brutalität der Polizei» bei der Räumung der Universität, obgleich hierbei, wie gesagt, jede Anwendung von Gewalt sich als unnötig erwies. Und noch in der gleichen Woche veranstalteten die Kommunisten in Rom beim Kolosseum eine große Demonstration zum «Protest gegen die von der Regierung zum Schutz der öffentlichen Ordnung gefaßten Beschlüsse».

Die von den Kommunisten in Rom und anderen Städten Italiens veranstalteten Manifestationen stellen Warnungen an die Regierung Rumor dar, bei ihrem künftig härteren Vorgehen gegen Ruhestörungen nicht «die Rechnung ohne den Wirt» zu machen und nicht zu vergessen, daß sie, die Kommunisten, die Herren der Straße seien und es auch künftig bleiben werden. Das neue schroffe Vorgehen der Kommunisten hat hier viele Leute überrascht, weil sie nach dem Parteikongreß von Bologna annahmen, daß nun eine neue Periode der «Verständigung» beginne. Stattdessen nannte soeben der Genosse Pajetta die kommunistischen Aktivisten, die während des Nixon-Besuches auf der Piazza Colonna Steine warfen und Fensterscheiben zertrümmerten, «die Jugend, von der die KP immer geträumt hat».

Man muß schon ein «Kommunologe» sein, um die Gründe zu erraten, die die KP dauernd zu einem Wechsel von sanften und groben Methoden veranlassen. Der Sekretär des Sozialistischen Gewerkschaftsbundes Ugo della Loggia, der Abgeordnete Vignanesi, meint: Die italienischen Kommunisten möchten «wegen ihrer zagen Mißbilligung des sowjetischen Einmarsches in der Tschechoslowakei das Verzeihen Moskaus durch Entfachen einer besonders wilden Agitation gegen die natotrene Regierung Italiens und für Ausweitung ihrer Mehrheit auf die KP erringen». Und wenn dem tatsächlich so ist, wird die Regierung Rumor wohl recht bald Anlaß erhalten, ihr künftig hartes Vorgehen gegen alle Ruhestörungen und Gewalttaten unter Beweis zu stellen.

George Popoff (Rom)

Debré über WEU-Affäre und Nixon-Besuch

Frankreich bleibt im westlichen Bündnis, kehrt aber nicht in die Nato zurück

Paris, 12. März. ag. (DPA) Der französische Außenminister Debré hat die Krise in der westeuropäischen Union (WEU) als Begleiterscheinung der «Affäre Soames» bezeichnet. Debré betonte vor dem außenpolitischen Austausch der Nationalversammlung, die die Affäre hätte die europäischen Partner Frankreichs angeblich davon überzeugen sollen, daß Paris seine Partner übergehe. Frankreich habe seither nicht mehr an den Ratssitzungen der WEU teilgenommen und werde es auch in Zukunft nicht tun, bis der Vertrag wieder strikte eingehalten werde. — Debré wiederholte dabei die französische Darstellung, wonach de Gaulle bei der Unterredung seinen früheren öffentlichen Ausführungen über seine Europapolitik nichts Neues beigefügt habe. Das Wichtige sei jedoch, erklärte Debré, daß dieses Gespräch überhaupt stattgefunden habe.

Debré nannte ferner die Gesprächsthemen de Gaulles und Nixons. Die beiden Präsidenten hätten in der Hauptsache die politische Entwicklung innerhalb der beiden Länder, die Entspannungsmöglichkeiten mit der Sowjetunion, und die Atlantische Allianz besprochen. Nixon habe sich über seine kommenden Verhandlungen mit der Sowjetunion besonders in bezug auf Raketenabwehrprobleme geäußert. Französischerseits wurde betont, daß wohl ein Interesse an solchen Verhandlungen bestehe, jedoch sollten diese sich nicht auf Europa beziehen, ohne daß Frankreich konsultiert werde. De Gaulle habe zudem die Absicht bekanntgemacht, in der Atlantischen Allianz zu bleiben, ohne aber auf den Entschluß zurückzu-

kommen, aus der militärischen Organisation der Nato auszuschneiden.

Bei de Gaulle zu Gast

(AFP) Zum erstmalig hat General de Gaulle seine früheren Premierminister Michel Debré und Georges Pompidou zu einem Essen ins Elysee eingeladen. Diese Einladung fand in engstem Rahmen statt. Außer Pompidou und Debré, die von ihren Gattinnen begleitet wurden, waren nur noch der persönliche Adjutant des Staatsehefes sowie wahrscheinlich ein Mitglied seines Stabes anwesend. In politischen Kreisen der französischen Hauptstadt glaubt man, daß de Gaulle seine beiden ehemaligen Premierminister eingeladen habe, um ihre Meinung über die gegenwärtige innenpolitische Lage in Frankreich zu vernehmen.

Lord Chalfont Vertreter Londons in der WEU

London, 12. März. ag. (R) Lord Chalfont, britischer Staatsminister im Außen- und Commonwealthministerium, wird neuer Vertreter Großbritannien im Rat der Westeuropäischen Union. Er wird aber sein gegenwärtiges Amt beibehalten, in dem er besonders für die Beziehungen Großbritannien mit dem Gemeinsamen Markt verantwortlich ist. Der neue Posten Lord Chalfonts zeigt die Bedeutung auf, welche die Briten der Westeuropäischen Union beimessen, die Organisation, die Großbritannien mit den sechs EWG-Staaten verbindet. Der 49jährige Lord Chalfont ersetzt als ständiger Vertreter Londons Viscount Hood, der auf Ende März aus dem diplomatischen Dienst ausscheidet.

Kiesinger bei de Gaulle

Beginn der deutsch-französischen Gipfelgespräche im Elysee

Paris, 13. März. ag. (DPA) Mit einem Gespräch unter vier Augen zwischen de Gaulle und Bundeskanzler Kiesinger haben am Donnerstag die deutsch-französischen Konsultationen im Elysee begonnen. Gleichzeitig traf Außenminister Brandt mit Premierminister Couve de Murville in dessen Amtssitz zusammen. Die vorgesehene Besprechung Brandt-Debré fiel wegen Erkrankung Debrés dahin. Der Bonner Wirtschaftsminister Schiller suchte seinen französischen Kollegen François Ortoli auf.

Im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen stehen die Europapolitik, Fragen der deutsch-französischen Beziehungen, wirtschaftliche Probleme und die Entspannungspolitik im Vordergrund. Man rechnet damit, daß die französische Seite auch währungs- politische Probleme ansprechen wird. Die deutsche Regierungsdelegation war am Donnerstagvormittag in zwei Flugzeugen auf dem Flughafen Orly eingetroffen. Sie wurde von Couve de Murville, Finanzminister Ortoli und dem Staatssekretär am Quai d'Orsay, de Lipkowski, empfangen.

Pünktlich nach Programm, um 11.45 Uhr, fuhr die Limousine Bundeskanzler Kiesingers mit dem schwarz-rot-goldenen Ständer in den Innenhof des Elysees ein, wo ihm die Republikaner-Garde die Ehren erwies. Kiesinger, vom deutschen Botschafter Sigismund von Braun begleitet, wurde von Generalsekretär Bernard Tricot in das Arbeitszimmer de Gaulles geleitet, wo das erste Gespräch der beiden Staatsmänner unter vier Augen begann.

Gleichzeitig traf Willy Brandt den französischen Premierminister Couve de Murville, Wirtschaftsminister Schiller suchte den französischen Kollegen Ortoli auf.

De Gaulle und Kiesinger sind am Donnerstagnachmittag — abweichend vom offiziellen Programm — überraschend zu einem zweiten Gespräch unter vier Augen zusammengetroffen. Die Unterredung schloß sich an ein Essen an, das de Gaulle für Kiesinger und seine Begleitung gab. In Paris verlautete, daß sich dieser Meinungsaustausch aus den Gesprächen während des Mittagessens ergeben habe. Eine ursprünglich für 16.30 Uhr vorgesehene Zusammenkunft im erweiterten Kreis fiel aus.

Nutzlose Vietnamgespräche

Paris, 13. März. ag. (DPA) Die wegen der kommunistischen Angriffe auf süd-vietnamische Städte entstandene Krise bei der Vietnamkonferenz in Paris konnte auch am Donnerstag nicht beigelegt werden. In der achten Gesprächsrunde erklärte der amerikanische Chefdelegierte Cabot Lodge, daß die Kommunisten die Zivilbevölkerung als «Zielscheibe» benützen. Er forderte Hanoi sowie die Befreiungsfront «NLF» auf, endlich auf die «konkreten und konstruktiven Vorschläge» der USA und Saigons einzugehen. Die kommunistische Seite müsse außerdem ernsthaft mit der gegenwärtigen Regierung von Südvietnam sprechen, die die Unterstützung der USA besitzt.

Der Leiter der südvietnamischen Regierungsdelegation, Pham Dang Lam, warnte die kommunistische Seite vor den ever-herenden Konsequenzen einer Intensivierung der kommunistischen Angriffe. Woher Pham Dang Lam noch Cabot Lodge gingen jedoch auf die Art und das Ausmaß eventueller Gegenmaßnahmen ein.

Der Chefdelegierte der «NLF», Tran Bau Kiem, erklärte dazu, die USA müßten die gesamte Verantwortung für eine militärische Antwort auf die kommunistischen Angriffe tragen. Gleichzeitig wies er die Anschuldigung zurück, daß die Vietkong mit Absicht die Zivilbevölkerung Südvietnams angreifen.



General Goodpaster Nachfolger Lemnitzers

Wechsel im Nato-Oberkommando in Europa

Washington, 12. März. ag. (R) Präsident Nixon hat General Andrew J. Goodpaster, den stellvertretenden Kommandanten der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam, zum alliierten Oberkommandierenden in Europa ernannt. Goodpaster tritt die Nachfolge von General Lemnitzer an, der zurücktritt.

Das Weiße Haus gab bekannt, daß General Goodpaster vom Nato-Planungsausschuß in Brüssel einstimmig dieser Ernennung zugestimmt habe. Der Rücktritt General Lemnitzers sei vom Ausschuß mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen worden. Die Ausschußmitglieder hätten im Namen ihrer Regierungen dem Zurücktretenden den Dank für die von ihm geleisteten hervorragenden Dienste ausgesprochen. Lemnitzer war seit 1963 Nato-Oberkommandierender in Europa.

General Goodpaster hat unter den Generalen Eisenhower und Alfred Grünher in Europa gedient. Er kommandierte eine amerikanische Division in Europa und war vorübergehend Adjutant des Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs der amerikanischen Streitkräfte sowie zuletzt Vizekommandant in Vietnam. Er wird seinen neuen Posten am 1. Juli antreten. Nixon ernannte Goodpaster zugleich zum amerikanischen Oberkommandierenden in Europa, eine Funktion, die traditionsgemäß dem Nato-Oberkommandierenden übertragen wird. (Photopress)